

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Erscheint
wöchentlich zweimal u. zwar Dienstags
und Freitags. — Abonnementspreis
vierteljährlich 1 M., durch die Post
bezogen 1 M. 25 Pf. — Einzelne
Nummern 10 Pf.

Inserate
werden Montags und Donnerstags
bis Mittags 12 Uhr angenommen.
Insertionspreis
10 Pf. pro dreispaltige
Corpuszeile.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meißen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff,
sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Druck und Verlag von Martin Berger in Firma S. N. Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion M. Berger daselbst.

No. 70.

Freitag, den 31. August

1894.

Bekanntmachung.

Sonnabend, den 8. September ds. Js., Nachmittags 4 Uhr,

soll am hiesigen Armenhause folgendes: Federbetten, Schränke, 1 Schraubstock, und verschiedene andere Gegenstände gegen sofortige Barzahlung öffentlich versteigert werden.
Wilsdruff, am 30. August 1894.

Der Stadtrath.
Sicker, Brgmstr.

Bekanntmachung.

Sonnabend, den 1. September ds. Js., Nachmittags 6 Uhr

soll im hiesigen Schützenhause der 2. Grasschnitt rechts und links an der Freiburgerstraße und der Brücke, auf der Vogelwiese, vor der Schiefmauer und auf der Wiese am Bade-
plage unter den im Termine bekannt gemachten Bedingungen öffentlich verpachtet werden.
Wilsdruff, am 27. August 1894.

Der Stadtgemeinderath.
Sicker, Brgmstr.

Die Aussichten der Sozialdemokratie auf dem platten Lande.

Nach so vielen Proklamationen der sozialdemokratischen Wortführer in Presse und Versammlungen über die Wucht, mit der sie in den Dörfern einfallen und die Landbewohnerschaft unter die rote Fahne bringen würden, nimmt es sich recht seltsam aus, daß die sozialdemokratischen Blätter seit einiger Zeit gezwungen sind, offen einzugehen, daß die Aussichten der Sozialdemokratie auf dem platten Lande die ungünstigsten sind, die es geben kann. Interessant ist eine diesen Standpunkt einnehmende Untersuchung der Chancen für die Landbevölkerung im „Sozialdemokrat“, dem offiziellen Parteiwochenblatte. Dort wird jede einzelne Kategorie von Landbewohnern daraufhin geprüft, ob unter ihr für die Sozialdemokratie etwas zu holen sei und auf welche Weise dies geschehen könne. Wir geben aus den weitläufigen Ausführungen den folgenden Auszug: Die Berufsbeamten, Oberförster, Bürgermeister, Steuereinnahmer Förster, Gendarmen etc. seien fast durchgängig zur Zeit noch „Sozialistenfresser.“ Ihre innere Widerstandskraft werde gebrochen werden in dem Maße, als die gebildete Arbeiterschaft in den Städten von den Lehren des Sozialismus erfaßt werde. Ihnen gegenüber sei es ein Fehler, mit schroffen Angriffen auf die staatliche und kirchliche Autorität den Feldzug zu beginnen. Der Beamtenstand gegenüber solle man vom Antikapitalismus ausgehen, der ein gewisses Verständnis in jenen Kreisen finde; dann solle man weiter in den Sozialismus hineinschreiten. Die Ueberleitung von Staatssozialismus zum demokratischen Sozialismus sei das schwerste dabei. Schlägt so der „Sozialdemokrat“ vor, den Beamten gegenüber heuchlerisch und vorsichtig zu operieren, so glaubt er, den Pfarrern gegenüber seine Maske etwas lichten zu dürfen. Er schreibt (der Verfasser des betreffenden Aufsatzes ist bezeichnenderweise Jude): Man schlage den Pfarrer mit Christus, seine Predigt mit der Bibel und die Kirche mit der Religion. Man vergesse auch nicht, daß wir unter den Geistlichen bereits stille Anhänger haben und deren noch mehr bekommen werden. Es sind ehrliche Idealisten darunter und die wiegen schwer.“ Wie werden diese verlogenen Worte den Pfarrern das Blut in die Wangen treiben! Was die ländlichen Geschäftsleute betrifft, so sind diese für die Sozialdemokratie unzugänglich. Sie seien, so klagt das sozialdemokratische Parteiorgan, außerordentlich abhängig von der Kundschaft und mieden es ängstlich, Farbe zu bekennen. Die rote Fahne sei ihnen am bedenklichsten, und darum sei auf den Dörfern mit Geschäftssozialismus, selbst da, wo bei früheren Wahlen die Sozialdemokraten eine stattliche Stimmenzahl schon hatten, nichts auszurichten. Auch die sozialdemokratische Lehre von der Sozialisierung der Handels-, Wirtschafts- und Lebensmittelgewerbe sei nicht geeignet, diese Leute einzufangen; erst wenn die Noth an sie herantrete, seien sie zugänglich. „Auch die Handwerker“, so heißt es dann wörtlich weiter, „stehen unter dem Zwange der dörflischen Enge und Desfinitivität; Schneider, Schuster, Schreiner, Wagner, Schmiede, Schlosser leben von ihren Dorfgenossen und fürchten (?) ihre Kundschaft. Das ländliche Handwerk fühlt noch nicht so unmittelbar den Druck der Großindustrie, wie das städtische. Es lebt von persönlichen Beziehungen und hat, wenn keinen goldenen, so doch immer noch Boden unter den Füßen. Auch ist es konkurrenzfähiger als das städtische. Es lebt billiger. Das eigene Häuschen oder die Mietwohnung und Werkstätte kosten nicht annähernd die Summe, die der selbstständige städtische Handwerker für Wohnung, Werkstätte und Boden ausgeben muß. Die meisten ländlichen Handwerker haben zudem Garten und

einige Stück Ackerland. Das verbilligt die Lebenshaltung und giebt Arbeit in den ruhigen Geschäftsperioden. Das Land ist bis zu einem gewissen Grade zur Zufluchtsstätte des Kleinhandwerks geworden. Die städtischen Handwerker haben ihre Landkundschaft verloren. Junge, in der Stadt ausgebildete, intelligente Handwerker kehren in das Heimaldort zurück und gründen dort ihre Erbsen. Die fortschreitende Verkehrs- und Entwicklung wird ihnen nachfolgen und die Verarmung der Kundschaft wird das übrige thun. Zur Zeit aber ist ihre Lage noch sicherer, als die ihrer Kollegen in der Stadt.“ Die Sozialdemokratie findet also, das wird hier wieder und zwar im Einzelnen bestätigt, so leicht keinen Eingang in den Dörfern; sie erhofft aber Erfolge von dem Fortschreiten der landwirtschaftlichen Nothlage. Wenn die Sozialdemokratie trotz ihrer jetzigen Hochfluth und trotzdem die gegenwärtige politische und wirtschaftliche Lage ihre Ausbreitung begünstigt, auf dem platten Lande noch nicht hat vordringen können, so liegt das daran, weil die Landbewohnerschaft um einen festen Mittelpunkt, um den Großbesitzer, den vielgeschmähten „Junker“ sich gruppiert und weil sie — trotz der liberalen Verheißung — sehr wohl weiß, daß ihr Wohlstand mit dem der Großbesitzer steigt und fällt. Würde das liberale und sozialdemokratische Ideal sich erfüllen, und der „Junker“ politisch machtlos, dann wäre die erste Folge davon, daß der Siegeszug der Sozialdemokratie auf dem platten Lande seinen Anfang nähme. Das Ende dieses Zuges kann sich ein Jeder selbst ausmalen.

Tagesgeschichte.

Die Dispositionen für die Anwesenheit des Kaisers in Westpreußen anlässlich der hier bevorstehenden Kaisermandator haben im Hinblick auf die Choleraepidemie im östlichen Deutschland eine Veränderung erfahren. Dies insofern, als der Kaiser laut einer Bekanntmachung des Oberpräsidenten der Provinz Westpreußen, befohlen hat, daß mit Rücksicht auf die in einigen Theilen der Provinz vorgekommenen Cholerafälle größere Ansammlungen von Civilpersonen bei den Kaisermandatoren thunlichst zu vermeiden seien. Im Anschlusse an diese allerhöchste Willensäußerung giebt der Oberpräsident weiter bekannt, daß beim Empfange des Kaisers in Elbing und Marienburg nur die dortigen Schulen und Vereine Verwendung finden würden, so sehr auch Se. Majestät bedauere, aus landesväterlicher Fürsorge zu einer solchen Anordnung gezwungen zu sein. Wegen der Choleraepidemie in der Weichselniederung ist übrigens der Schauplatz der für Mitte September anberaumten Flottenübungen von Danzig nach Swinemünde verlegt worden.

Nach dem Urtheil hervorragender fachmännischer Autoritäten Deutschlands wie des Auslandes dürfte die Choleraepidemie, von welcher Osteuropa dieses Jahr stärker als sonst heimgegriffen ist, im wesentlichen auf ihren jetzigen Ausbreitungsstand beschränkt bleiben, obwohl der laufende und der nächste Monat im Hinblick auf genannte Suche als die eigentlich kritischen gelten. Die Bestimmungen der Dresdener Sanitätskonferenz haben sich als zweckentsprechend bewährt, da überall, wo sie gewissenhaft und konsequent zur Befolgung gelangten, es der Cholera möglich ist, festen Fuß zu fassen. Diese Wahrnehmung leistet auch der Hoffnung Vorschub, daß es mit den Jahren immer mehr gelingen werde, die Cholera von den Grenzen der europäischen Kulturländer fernzuhalten und sie mit Erfolg selbst an ihren traditionellen Brutstätten zu bekämpfen.

Wie verlautet, ist über die Form und Richtung des gesetzgeberischen Vorgehens zur Abwehr revolutionärer Aufregungen gegenwärtig eine Entscheidung noch nicht getroffen. Es steht auch noch nicht fest, ob die Aktion in den Reichstag oder den

preussischen Landtag oder vielleicht auch in beide verlegt werden wird. Bei verschiedenen Maßregeln auf diesem Gebiete ist der Reichstag nicht zu umgehen, so ungünstig auch die Aussichten sind, zu einer Verständigung zu gelangen, so bei einer Revision des Preßgesetzes, bei Maßregeln gegen den Zwang von Arbeitseinstellungen und zum Kontraktbruch, bei Bestimmungen, welche die Zucht und Ordnung namentlich in der jüngeren Arbeiterschaft besser zu sichern bezwecken, wie sie in der Gewerbeordnungsvorlage von 1890 enthalten waren, vom Reichstage damals aber abgelehnt wurden, worauf die Regierung erklärte, für jetzt darauf verzichten zu wollen, sich aber vorbehalten zu müssen, darauf zurückzukommen. Die Ausarbeitung solcher Gesetzesentwürfe würde, da sie entweder schon fertig vorliegen oder verhältnismäßig einfache Fragen betreffen, nicht lange Zeit in Anspruch nehmen.

In diesen Herbstmonaten veranstalten mehrere große Parteien, wie wir bereits meldeten, die Nationalliberalen und Freisinnigen, das Centrum und die Sozialdemokraten, große auf ganz Deutschland berechnete Parteitage. Bei allen diesen Versammlungen wird es an zahlreichem Besuche und an vielen Neben nicht fehlen. Es mag auch sein, daß auf die gegenwärtigen inneren Verhältnisse mancher Parteien und auf ihre Stellung zu den großen Zeitfragen manches Licht fällt. Mit besonderer Spannung darf man dem am vorigen Dienstag begonnenen Parteitage des Centrum in Köln entgegensehen. In der Partei sind in neuester Zeit wieder starke innere Gegensätze hervorgetreten, namentlich der alte Unterschied zwischen einer mehr konservativen und einer mehr demokratischen Richtung. Ein neuer Führer, der Bayer Dr. Orterer, der allerdings dem Reichstage nicht angehört, erscheint auf der Bühne. Bei wichtigen Gesetzgebungsfragen der Gegenwart im Reiche ist die Stellung des Centrums von entscheidender Bedeutung, sie ist aber noch durchaus unklar, und offenbar kämpfen vielfach die Gegensätze wider einander an. Auch dem Parteitag der Sozialdemokraten in Frankfurt wird man mit Interesse entgegensehen dürfen. Auch durch diese Partei gehen scharfe Gegensätze persönlicher und prinzipieller Art. Eine mehr positive und eine vollkommen negative Richtung kämpfen gegen einander an. Es ist bezeichnend, daß der Vertreter der ersteren, Herr v. Vollmar, auf dem Parteitage besonders in den Vordergrund zu treten bestimmt ist, während sich die alten Führer, wie Liebknecht, Bebel, Singer, diesmal vollkommen zurückhalten. Die Parteileitung hat in jüngster Zeit manches begangen, was ihr auch von vielen Genossen zum Vorwurf gemacht wird; sie hat keineswegs immer geschickt und erfolgreich operirt. Da wird es an scharfen Auseinandersetzungen nicht fehlen. Der Verlauf freisinniger Parteitage pflegt wenig Ueberraschungen zu bringen. Zu unwandelbar und stets sich wiederholend sind Programm, Methode und auch die Redner dieser stets vereinigenden Partei. Vielleicht wird sich die einer aktiveren Sozialpolitik unter Betheiligung des Staates geneigtere Richtung gegenüber den alten Vertretern des starren „Mantelprinzip“ etwas geltend machen, viel wird dabei nicht herauskommen; auch hier kann die Partei nicht aus ihrer Haut heraus. — Ueber den nationalliberalen Parteitag läßt sich die „Nat.-lib.-Korr.“ wie folgt vernehmen: Bereits ist zahlreicher Besuch und die Anwesenheit hervorragender Parteigenossen angemeldet. Um die Auseinandersetzung über innere Gegensätze kann es sich hier nicht handeln. Solche sind nur in einigen wirtschaftlichen Fragen vorhanden, bei denen die Partei zu allen Zeiten Freiheit der Ueberzeugung gelten ließ und jeden Zwang zurückgewiesen hat. Der Parteitag wird sich in vollster Einmüthigkeit über die großen Zeitfragen aussprechen, er wird nur zur gegenseitigen Anregung und Ermuthigung in diesen schweren Zeiten dienen.“